

A1NEU Finanzlage der kreisfreien Städte

Antragsteller*in: Lea & Natalie (KV Kaiserslautern & Trier)

Antragstext

1 Schluss mit Zwang zu bodenloser kommunaler Verschuldung!

2 Die Finanzlage der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz ist nicht nur würdelos
3 – sondern schlicht verfassungswidrig

4 Die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz gehören zu den am höchsten
5 verschuldeten Städten Deutschlands. Laut Rechnungshof-Bericht von 2015 ist
6 Pirmasens die Stadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung deutschlandweit, es
7 folgen Kaiserslautern auf Platz 2, Zweibrücken auf Platz 6, Ludwigshafen auf
8 Platz 7 und Trier auf Platz 10. 85% aller kommunaler Kassenkredite in
9 Deutschland sind von Kommunen in NRW, dem Saarland und Rheinland-Pfalz. Das
10 zeigt: In Rheinland-Pfalz gibt es ein strukturelles Problem hinsichtlich der
11 Ausfinanzierung von Kommunen, ganz besondere der kreisfreien Städte. Die Folge
12 jahrzehntelanger struktureller Defizite sind massive Investitionsdefizite und
13 Verschuldungen, die die betroffenen Kommunen aus eigener Kraft niemals abbauen
14 können.

15 Die finanzielle Situation unserer Kommunen höhlt die kommunale Selbstverwaltung
16 aus und ist unserem demokratischen Gemeinwesen absolut abträglich. Dies zeigt
17 sich insbesondere bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“: Alljährliche
18 Konflikte mit der ADD, weil die Haushalte nicht den aktuellen Gesetzen
19 entsprechen können. Die dabei erlangten Deals führen zu Gebührenerhöhungen für
20 Musikschulen, erhöhten Eintrittsgeldern bei Schwimmbädern, beziehungsweise
21 gleich zu deren Schließung, zu Bibliotheken, die kaum noch Literatur beschaffen
22 können, zu Diskussionen um Zoos, Wildparks und Theater. Hierrauf sollte sich
23 Kommunalpolitik nicht beschränken sondern sollte vollumfänglich der
24 Selbstverwaltungsaufgaben auf allen Ebenen gerecht werden. . Man kann das
25 würdelos nennen. Es verstößt jedoch gegen unsere Verfassung, denn das Recht auf
26 kommunale Selbstverwaltung gilt überall im Lande – auch in den kreisfreien
27 Städten. Wie vom Landesverfassungsgericht anerkannt, gehört zu diesem Recht eine
28 Finanzausstattung, die „freiwillige Leistungen“ in angemessenem Umfang
29 ermöglicht.

30 Die Realität in Rheinland-Pfalz hat mit gerechter, grüner und nachhaltiger
31 Politik nichts zu tun. Die Landesregierungen haben sich diesem Problem bisher
32 bestenfalls halbherzig angenommen – trotz einschlägiger Urteile von
33 Verwaltungsgerichten bzw. vom Landesverfassungsgericht. Für die Schuldenbremse
34 auf Landesebene bezahlen die Kommunen und besonders die kreisfreien Städte.

35 Grüne Politik muss sein, diesen Zustand zu beenden. Dafür sind drei
36 wesentliche Punkte entscheidend:

37 1. Es muss einen Altschuldenschnitt geben. Angesichts der Niedrigzinsphase ist
38 der Zeitpunkt hierfür günstig. Hessen hat es mit der Hessenkasse vorgemacht,
39 selbst das Saarland hat ein Modell umgesetzt. Nun ist endlich Rheinland-Pfalz
40 gefragt – die Chance darf nicht verpasst werden.

41 2. Die Mittelzuweisungen des Landes müssen bedarfsgerecht sein.

42 3. Das Konnexitäts-Prinzip ist vollständig einzuhalten: Vom Land verlangte
43 Leistungen wie z.B. der Betrieb von Kindergärten, Schulbuchausleihe,
44 Beförderungskosten für Schüler/innen und weitere Sozialleistungen müssen
45 vollständig vom Land refinanziert werden.

46 Die Grünen auf Landesebene haben sich diesem Problem lange Zeit nahezu nicht
47 gestellt, sondern sich eher weggeduckt. Dies können wir als Kreisverbände der
48 betroffenen Kommunen nicht länger akzeptieren. Wir fordern, dass unsere Probleme
49 ernst genommen und prioritär angegangen werden! Es sei in aller Bescheidenheit
50 darauf verwiesen, dass das Gros unserer Wähler aus den kreisfreien Städten
51 kommt. Es muss im Landtagswahlprogramm ein klares Bekenntnis zu den Städten und
52 den von uns genannten drei Punkten an prominenter Stelle geben. Wir fordern von
53 der künftigen Landtagsfraktion konkrete Maßnahmen, um dieser
54 Verschuldungsspirale ein Ende zu setzen. Demokratie fängt vor Ort an. Doch wenn
55 Kommunen keinerlei politische Spielräume mehr haben, ist ökologische und
56 nachhaltige Politik auf dieser Ebene nicht mehr möglich.